

Der verzweifelte Versuch, die Klimapanik-Propaganda zu retten

geschrieben von Chris Frey | 25. Juli 2026

[Tilak Doshi](#), [Tilak's Substack](#)

Aaron Regunbergs [Artikel](#) „Why Climate Politics Can't Wait“ letzte Woche in der Boston Review liest sich wie eine besorgte Predigt, die sich angesichts der bevorstehenden Zwischenwahlen an schwankende demokratische Strategen richtet. Im Visier steht das, was die Berater der Partei mittlerweile als „Climate Hushing“ bezeichnen – den stillen Rückzug von apokalyptischen Botschaften.

Matt Huber [schrieb](#) kürzlich in der New York Times: „Die Demokratische Partei ist nach wie vor äußerst unbeliebt. Der Ausweg besteht darin, nicht länger eine Litanei von Einzelthemen in den Vordergrund zu stellen, die nur die bereits Überzeugten ansprechen. Was den Klimawandel angeht, wäre es vorerst vielleicht besser, gar nichts zu sagen.“ Huber argumentiert ebenso wie seine Mitstreiter auf der Linken, dass das Engagement der Demokraten für den Klimaschutz die arbeitende Bevölkerung von der Partei entfernt habe und dass der Wiederaufbau einer Basis in der Arbeiterklasse erfordere, den Kampf für Klimaschutzmaßnahmen aufzugeben. Kathy Hochul aus New York, Gavin Newsom aus Kalifornien und eine wachsende Zahl weiterer Demokraten – die bislang führenden Ideologen der Partei in Sachen Klimawandel – sind zu dem Schluss gekommen, dass das unaufhörliche Reden über Dekarbonisierung für die Partei bzgl. der Wahlen eher ein Nachteil als ein Vorteil ist.

Die „Boston Review“ ist kein unbedeutendes Aktivistenblatt. Die 1975 gegründete und in Zusammenarbeit mit dem MIT herausgegebene Zeitschrift ist seit fünf Jahrzehnten eine der seriösesten intellektuellen Adressen der amerikanischen Linken – ein Forum, in dem Persönlichkeiten wie Martha Nussbaum, Amartya Sen und Cornel West veröffentlicht haben und in dem das Format des „Boston Review Forum“ die Art und Weise geprägt hat, wie progressive politische Eliten miteinander diskutieren. Wenn dort etwas erscheint, richtet es sich nicht an Wechselwähler, sondern an die Strategen, Wissenschaftler und Mitarbeiter, welche die intellektuelle Agenda für den aktivistischen Flügel der Demokratischen Partei festlegen. Genau deswegen muss man Aaron Regunbergs Beitrag so ernst nehmen. Es handelt sich nicht um eine Beschwerde aus dem Randbereich. Es ist der Versuch der progressiven Intelligenz selbst, ihre gewählten Vertreter davon abzubringen, sich aus der Klimapolitik zurückzuziehen – ein Rückzug, den die Wähler an der Wahlurne belohnt haben.

Regunbergs Beitrag stützt sich stark auf den Gedanken, dass der diesjährige Krieg um die Straße von Hormus den Klimaschützern endlich das perfekte Argument geliefert hat: „Sonnenlicht muss nicht durch die

Straße von Hormus fließen, und niemand hat jemals wegen Wind Krieg geführt.“ Er listet drei Argumente für ein „Schweigen“ auf und macht sich daran, jedes einzelne zu widerlegen. Bei allen drei Gegenargumenten scheitert er, und die Art und Weise seines Scheiterns ist aufschlussreich: Er räumt der Realität ein wenig Raum ein, um dann mit großer Raffinesse zu argumentieren, dass sich in Bezug auf aggressive Dekarbonisierungsmaßnahmen eigentlich nichts ändern sollte.

Gegenargument 1: „Den Amerikanern liegt das Thema mehr am Herzen als die Kritiker zugeben“

Regunberg stützt sich stark auf die Ergebnisse einer Umfrage des Yale Programme on Climate Change Communication aus dem Jahr 2026, wonach eine Mehrheit der Wähler die globale Erwärmung für steigende Lebensmittel- und Versorgungskosten verantwortlich macht und eine Mehrheit angibt, einen Kandidaten zu bevorzugen, der Klimaschutzmaßnahmen unterstützt:

Die Umfrage zeigt ferner, dass viele klimapolitische Maßnahmen in der Bevölkerung auf große Zustimmung stoßen. Rund 77 % der Wähler befürworten die Regulierung von Kohlendioxid als Schadstoff, während 65 % den Übergang der US-Wirtschaft von fossilen Brennstoffen zu 100 % sauberer Energie bis 2050 unterstützen. Mehr als die Hälfte der registrierten Wähler (58 %) ist der Meinung, dass die Entwicklung sauberer Energiequellen für den Präsidenten und den Kongress eine „hohe“ oder „sehr hohe“ Priorität haben sollte, und derselbe Prozentsatz gab an, dass sie lieber für einen Kandidaten stimmen würden, der Maßnahmen gegen die globale Erwärmung unterstützt, im Vergleich zu nur 14 %, die einen Kandidaten bevorzugen würden, der sich gegen Klimaschutzmaßnahmen ausspricht.

Das Anführen von zu allgemein gehaltenen Umfragedaten ist der älteste Trick im Repertoire der Panikmacher: Umfragen zur abstrakten Stimmung sind wertlos, sobald man die Menschen fragt, was sie tatsächlich zu zahlen bereit sind. Das Energy Policy Institute der Universität Chicago stellte in seiner jüngsten [AP-NORC-Umfrage](#) fest, dass weniger als vier von zehn Amerikanern eine auch nur symbolische CO₂-Abgabe von einem Dollar pro Monat akzeptieren würden – eine Zahl, die seit Jahren sinkt.

Die Behauptung, dass die öffentliche Sorge um das Klima tiefer sitzt und handlungsorientierter ist, als die „Verleugner“ zugeben, stützt sich stark auf Umfragen, die zeigen, dass eine Mehrheit der Meinung ist, dass sich das Klima verändert, und vage Ziele wie die Regulierung von Kohlendioxid oder den Ausbau erneuerbarer Energien unterstützt. Doch diese Zahlen verflüchtigen sich, sobald die Befragten gefragt werden, was sie zu zahlen bereit sind. Kritiker merken schon lange an, dass die abstrakte Unterstützung für Umweltziele zusammenbricht, sobald Kompromisse im Haushaltsbudget ins Spiel kommen.

Regunbergs bevorzugte Quelle, das [Searchlight Institute](#), stellte fest, dass nur 17 % der Wähler in den umkämpften Wahlkreisen angeben, der

Klimawandel habe „große Auswirkungen“ auf ihre Familie. Sich abstrakt um den Klimawandel zu sorgen, so wie man sich um den Weltfrieden sorgt, kostet nichts. Sich so sehr darum zu sorgen, dass man höhere Energiekosten in Kauf nimmt, ist eine ganz andere Sache, und nur diese Art der Sorge entscheidet darüber, ob eine politische Maßnahme den Weg durch den Gesetzgeber übersteht. Regunberg fordert seine Leser niemals auf, etwas zu bezahlen; er fordert sie lediglich auf, Politiker zu wählen, die vage versprechen, die Umweltverschmutzer zur Kasse zu bitten.

Gegenargument Nr. 2: „Klimaschutz ist mit einer Agenda für die Arbeiterklasse vereinbar“

Hier beruft sich Regunberg auf Franklin Roosevelts „Civilian Conservation Corps“ und Bernie Sanders' Wahlkampf von 2016, um zu argumentieren, dass grüne Politik und Arbeiterpolitik schon immer natürliche Verbündete gewesen seien. Die historische Analogie geht völlig am Thema vorbei. Roosevelts Naturschutzprogramme im Rahmen des New Deal pflanzten Bäume; sie versuchten nicht, die physischen Grundlagen einer Industriegesellschaft innerhalb einer einzigen Generation neu zu gestalten. Das Hindernis, vor dem die heutige Energiewende steht, ist nicht rhetorische Positionierung, sondern Arithmetik.

Nach eigenen [Schätzungen](#) der Internationalen Energieagentur (IEA) werden erneuerbare Energien – nach Jahrzehnten von Subventionen, gesetzlichen Vorgaben und moralischen Appellen – bis 2030 kaum ein Fünftel des weltweiten Endenergieverbrauchs ausmachen, gegenüber 13 % im Jahr 2023. Die Wärmeversorgung, die laut IEA fast die Hälfte des Endenergiebedarfs ausmacht, wird nach wie vor überwiegend mit fossilen Brennstoffen gedeckt; Luft- und Seeverkehr sind nach den eigenen Worten der IEA weiterhin fast vollständig vom Öl abhängig. Etwa vier Fünftel des weltweiten Energiebedarfs lassen sich schlichtweg nicht innerhalb eines Zeitrahmens elektrifizieren, den eine demokratische Wählerschaft tolerieren würde.

Gegenargument Nr. 3: „Der Kampf gegen fossile Brennstoffe stärkt die Demokratie“

Die aufschlussreichste von Regunbergs drei Gegenargumenten ist jene, die sich gänzlich von der Wirtschaftswissenschaft abwendet und sich in Verschwörungstheorien flüchtet. Er führt das „Shadow Docket“ des Obersten Gerichtshofs, den Vertrauensverlust in die Wissenschaft und die allgemeine Krise der amerikanischen Demokratie auf eine jahrzehntelange Verschwörung der fossilen Brennstoffindustrie zurück und kommt zu dem Schluss, dass die Bekämpfung des Autoritarismus daher den Sturz der „Big Oil“-Konzerne erfordert. Dies ist ein abgedroschener Versuch, institutionelle Sündenböcke zu finden – genau die Art von Argumentation, die den Klima-Industrie-Komplex seit 30 Jahren am Leben erhält: Jede unbequeme politische Entwicklung, von populistischer Skepsis bis hin zu

juristischem Konservatismus, wird nachträglich als Beweis für das Fehlverhalten der fossilen Brennstoffindustrie umgedeutet.

Dabei wird geflissentlich übersehen, dass die wissenschaftliche Grundlage für die Darstellung als „existenzielle Bedrohung“, auf die sich Regunberg nach wie vor stützt, von eben jenen Institutionen aufgegeben worden ist, die sie selbst geschaffen hatten. Die Modellierer des IPCC haben in den letzten Jahren still und leise RCP8.5 ausgemustert – jenen extremen „Business-as-usual“-Emissionspfad, der eine ganze Generation von Weltuntergangsschlagzeilen untermauerte –, mit der Begründung, dass er nie ein plausibles Szenario darstellte. Das Muster, das sich derzeit im gesamten Klima-Establishment abzeichnet, ist kein Rückzug, sondern eine „Wiederbewaffnung“: Man räumt ein, dass das Worst-Case-Szenario Fiktion war, beharrt dann aber darauf, dass der Notstand genau so dringlich bleibt wie zuvor. Regunbergs Beitrag verfolgt genau das gleiche Manöver, nur dass er anstelle der Temperatur die Demokratie ins Zentrum stellt. Er führt Überschwemmungen, Dürren, Stürme und Hitzewellen als Beweis für eine sich beschleunigende Katastrophe an, ignoriert dabei jedoch bewusst die empirischen Daten, denen zufolge die Zahl der Todesfälle durch Extremwetterereignisse seit den 1920er Jahren um mehr als 96% zurückgegangen ist – und das, obwohl sich die Weltbevölkerung vervierfacht und sich der Planet erwärmt hat. Das ist keine Welt, die auf einen „Faschismus durch Hitzewellen“ zusteuert. Es ist eine Welt, die immer besser darin wird, das Wetter zu überstehen – vor allem, weil das durch fossile Brennstoffe angetriebene Wirtschaftswachstum die Klimaanlage, die Hochwasserschutzanlagen und die Frühwarnsysteme finanziert hat, welche die eigentliche Arbeit geleistet haben.

Das institutionelle Indiz

Was Regunbergs Beitrag so bemerkenswert macht, ist nicht seine Argumentation, sondern seine unbeabsichtigte Ehrlichkeit hinsichtlich des Zustands des Klima-Establishments selbst. Er berichtet – fast beiläufig –, dass Politico sein auf Klimafragen spezialisiertes E&E News [einstellt](#), dass NPR seine Klimaredaktion [geschlossen](#) hat, dass das Klimateam der Washington Post [entlassen](#) wurde und dass sogar Bill Gates nun die [Ansicht](#) vertritt, die Dekarbonisierung sei nicht die größte Bedrohung für die Armen dieser Welt. Das sind nicht die Handlungen einer Institution, die von der Beständigkeit ihrer Propaganda überzeugt ist; es ist der Rückzug aus einer Geschichte, die keine Erträge mehr abwirft – sei es in finanzieller Hinsicht, beim Engagement oder bei den Stimmen. Regunbergs Antwort darauf ist die Behauptung, dass dieser Rückzug ein politischer Fehler sei und keine rationale Anpassung an die veränderten Gegebenheiten vor Ort, darunter sinkende Zahlungsbereitschaft der Öffentlichkeit, ein diskreditiertes Emissionsszenario und eine Energiewende, die nach den eigenen Zahlen der IEA Jahrzehnte hinter dem Zeitplan zurückliegt, den ihre Befürworter versprochen hatten.

Das gleiche Bild zeigt sich in Regunbergs eigener Auswahl an Belegen für

die öffentliche Besorgnis. Er zitiert das Ergebnis der „World Risk Poll“ von 2026, wonach die Amerikaner dramatisch unterschätzen, wie viele ihrer Mitbürger den Klimawandel als ernsthafte Bedrohung ansehen, und interpretiert dies als unerschlossenes Reservoir latenter Unterstützung, das nur darauf wartet, durch mutigere Botschaften freigesetzt zu werden. Eine weniger wohlwollende und meiner Meinung nach zutreffendere Interpretation ist, dass die Kluft zwischen der geäußerten Besorgnis und dem wahrgenommenen gesellschaftlichen Konsens genau jenes Phänomen zum Ausdruck bringt, das Meinungsforscher als „Präferenzfälschung“ bezeichnen: Die Menschen sagen den Umfragebeauftragten, was sich gesellschaftlich verantwortungsbewusst anhört, weigern sich aber stillschweigend – an der Wahlurne und an der Kasse –, dafür irgendwelche Kosten zu tragen. Hochul, Newsom und McKee interpretieren ihre Wähler nicht falsch. Sie lesen sie genauer, als es die von Regunberg bevorzugten Meinungsforscher tun.

Wie eine vernünftige Alternative aussieht

Nichts davon ist ein Argument für Grausamkeit gegenüber den wirklich armen Gemeinschaften, die den Schwankungen des Wetters am stärksten ausgesetzt sind. Es ist ein Plädoyer für jene Art politischer Bescheidenheit, die Friedrich Hayek anerkannt hätte: die Weigerung, das in Marktpreisen und den Entscheidungen der Haushalte verankerte, verstreute Wissen durch die „verhängnisvolle Überheblichkeit“ zentraler Planer zu ersetzen – in diesem Fall einer Koalition aus Aktivisten, Redakteuren und Beratern, die davon überzeugt sind, dass sie sowohl das Energiebudget eines Haushalts als auch dessen politische Loyalitäten durch ausreichend alarmistische Klimabotschaften steuern können. Die Wähler verkennen nicht, wie Regunberg annimmt, die moralische Tragweite des Klimawandels; sie treffen vielmehr völlig rationale Abwägungen zwischen einem abstrakten, langfristig zu erwartenden Risiko und den konkreten, unmittelbaren Kosten für die Beheizung ihrer Wohnungen und das Betanken ihrer Fahrzeuge.

Demokraten, denen dies bewusst ist, sind keine Feiglinge, die vom Geld der fossilen Brennstoffindustrie gekauft wurden, wie die Verleumdung der „Klimaille“ suggeriert. Vielmehr behalten sie sich „ein Mindestmaß an Pragmatismus vor, um ihre Wählerstimmen zu sichern“ – was in einer Demokratie ja eigentlich der Sinn der Sache sein sollte. Regunberg möchte, dass die Dringlichkeit, die Martin Luther King an den Tag legte, auf Kohlendioxid übertragen wird. Was er tatsächlich braucht und was die Leser der „Boston Review“ verdienen, ist eine klare Zahlenrechnung: Wie viel Energie verbraucht die Welt tatsächlich, wie wenig davon lässt sich derzeit elektrifizieren und wie wenig ist die Öffentlichkeit – ehrlich gefragt, in Dollar statt in Sentimentalität – bereit zu zahlen, um diese Lücke zu schließen? Bis diese Abrechnung vorliegt, kann die Klimapolitik warten. Die Physik einer funktionierenden Wirtschaft kann das nicht – anders als die Politik eines Zwischenwahlzyklus‘.

A version of this article was first published in the Daily Sceptic [here](#)

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2026/07/20/the-desperate-attempt-to-save-the-climate-alarm-narrative/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE